



Wolf Lepenies

11. Januar 1941 geboren in Ostpreußen, aufgewachsen in Koblenz. Studium in Münster, 1967 Promotion, 1971 Habilitation. 1984 bis 2006 Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin. 1986 bis 2001 Rektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen, zuletzt (2006) „Kultur und Politik – Deutsche Geschichten“. 2006 ausgezeichnet mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Prof. Dr. Dr. h.c. Wolf Lepenies

*Permanent Fellow (em.) Wissenschaftskolleg zu Berlin
Institute for Advanced Study*

„Politische Ironie: Europäisch-Amerikanische Ausblicke“

Einmal in der Vergangenheit hat mir die Einladung zu einer Festansprache einen ähnlichen Schrecken eingejagt wie der Brief, mit dem Ihr verehrter Präsident, Herr Dr. von Foerster, mich einlud, aus Anlass des Übersee-Tages heute zu Ihnen zu sprechen. Vor ein paar Jahren erreichte mich die Bitte, vor der British Academy in London den sogenannten „Toast on the Academy“ auszubringen – einen Toast, der etwa zwanzig Minuten lang dauert. Der Einladungsbrief des Präsidenten schloss mit den drohenden Worten: „Sir, wir dürfen Sie bitten, originell zu sein und, wenn irgend möglich, Ihr Publikum in den ersten fünf Minuten drei Mal zum Lachen zu bringen.“

Und dies schrieb mir Ihr Präsident: „40 Minuten plus/minus 5 Minuten wären perfekt. Besonders begrüßenswert wäre eine gewisse Aktualität zum Geschehen in den Tagen und Wochen vor der Veranstaltung und eine gewisse Ursprünglichkeit der vorgetragenen Gedanken.“ Nun gut – zumindest zum Lachen muss ich Sie nicht bringen. Und 40 Minuten – daran werde ich mich halten, schließlich heißt eine Festansprache so, weil ihre Länge feststeht. Aber Aktualität und Ursprünglichkeit? Ich spreche über Dinge, die zum Teil Jahrhunderte zurückliegen, und ich werde – zumindest am Anfang – zwei Themen anschneiden, mit denen Sie sich vielleicht schon einmal beschäftigt haben: Hamburg und Altona.

Im Vergleich mit Hamburg hat Altona sich physisch und geistig meist ohnmächtig gezeigt – und zeigt sich in Teilen immer noch so. Es gab in Altona einst eine heimische Kultur, aber diese musste untergehen, sowie der Geist es wagte, sich ihr zu nähern. Von der ursprünglichen Bevölkerung Altonas war nur ein einziger Bewohner zum Studium fähig, starb aber bald darauf am Übergenuss von Branntwein. In Altona gab es zwar Rechtlichkeit – aber diese war ohne Rechtschaffenheit; die dortigen Kaufleute standen in dem üblen Rufe, durch das Recht geschützt zu betrügen. Ungebändigte Wildheit aller Einbildungen herrschte in Altona, es glaubte ein jeder, seine eigene Weltanschauung haben zu dürfen, und die Sekten steigerten sich demzufolge bis zum Extrem der Verrücktheit. Die Dinge wendeten sich erst allmählich zum Besseren, als Hamburg seinen Überfluss an Bevölkerung zum Teil nach Altona warf. Was in Altona geschah, ging seit dieser Zeit von Hamburg aus – und hatte für Hamburg unvorhergesehene Folgen: Altona wurde nun für viele zu der Zukunft, in welcher sich die weltgeschichtliche Wichtigkeit offenbarte. Altona wurde Ort der Sehnsucht für alle, welche die historische Rüstkammer des alten Hamburg langweilte.

Wir sind beim Thema: Europäisch-Amerikanische Ausblicke.

Wir sind beim Thema, denn was ich Ihnen soeben, nur unwesentlich paraphrasierend, vorgetragen habe, sind die Ausführungen Hegels über Europa und Amerika in seinen *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*. Hegel vergleicht dort das Verhältnis der Alten zur Neuen Welt mit der Beziehung von Hamburg zu Altona: „Da nun die ursprüngliche [amerikanische] Nation geschwunden oder so gut wie geschwunden ist, so kommt die wirksame Bevölkerung meist von Europa her, und was in

Amerika geschieht, geht von Europa aus ... So entstand neben Hamburg Altona ...“¹

Immer noch gilt es, daran zu erinnern: Einmal gelang es den Europäern bereits, eine Union zu bilden, im achtzehnten Jahrhundert, jenseits des Atlantik, in Amerika. Die Franzosen Louisianas, die englischen Gentlemen-Farmer in Virginia, die Spanier Kaliforniens, die Polen in Chicago und die Skandinavier und Deutschen in Minnesota schlossen sich zu einem Bundesstaat zusammen. Die Wahrnehmung Amerikas als eines auswärtigen Europa war im neunzehnten Jahrhundert die Regel. Für Jacob Burckhardt waren die Vereinigten Staaten ein „Vorexperiment der europäischen Zukunft im Großen“, und Leopold von Ranke weigerte sich, Europa und Amerika als einen Gegensatz zu betrachten, indem er feststellte, es finde „jenseits lediglich eine Entwicklung diesseitigen Lebens statt: in der Tat gehen uns New York und Lima näher an als Kiew und Smolensk“. Nicht, weil es so verschieden von Europa war, sehnte sich der alte Goethe nach Amerika, sondern weil es ein besseres und helleres, ein junges, ein von der Last der Vergangenheit befreites Europa war. Amerika: Das war der Traum Europas. Als Heinrich Mann 1924 die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa beschwor, stellte er mit Verbitterung fest, einzig seien sich die bankrotten Nationen des Alten Kontinents nur im „unablässigen Anhimmeln und Anbetteln Amerikas“.

Die Zeit des Anhimmeln und Anbettelns ist lange vorbei – auf beiden Seiten des Atlantik. Nach wie vor aber bestimmen nicht nur in Politik und Wirtschaft, sondern auch in Wissenschaft und Kultur die Beziehungen zu den USA den Selbstfindungs- und Einigungsprozess Europas in entscheidendem Maße. Vor dem Hintergrund dieser tiefreichenden Überlappung amerikanischer und europäischer Identitäten wirken die demografischen Verschiebungen, die zu einer immer stärkeren Ent-Europäisierung der Vereinigten Staaten führen, umso dramatischer. Im Jahre 2050 werden die heutigen Minoritäten – die Latinos, die Schwarzen und die „Asian-Americans“ – die Mehrzahl der amerikanischen Bevölkerung bilden. Dann kann von Amerika als einem „auswärtigen Europa“ keine Rede mehr sein. Wird es dann überhaupt noch einen „Westen“ geben – wenn man darunter keine Himmelsrichtung, sondern eine transatlantische Überzeugungsgemeinschaft versteht?

Die Frage, ob es den „Westen“ noch gibt – oder geben sollte –, stellt sich nicht erst seit den europäisch-amerikanischen Auseinandersetzungen um den Irak-Krieg. Schon als die Sowjetunion auseinanderbrach und der Kommunismus aus Europa verschwand wie ein Gespenst nach der Geisterstunde, setzten im Pentagon die Planspiele ein, welche den USA – „auf unabsehbare Zeit“, wie es in den entsprechenden Dokumenten hieß – die Vorherrschaft in der Welt sichern sollten. Am 8. Juni 2001 schrieb der einflussreiche Kolumnist Charles Krauthammer in der *Washington Post*, die Zeit für eine neue, ebenso kraftvolle wie macht-bewusste, strikt an amerikanischen Interessen orientierte Außenpolitik der USA sei gekommen: „Der neue Unilateralismus sieht sein Ziel darin, die amerikanische Macht zu stärken und sie überall auf der Welt für Zwecke einzusetzen, die Amerika alleine definiert hat ... Nach einem Jahrzehnt, in dem Prometheus den Pygmäen gespielt hat, ist es höchste Zeit, dass Amerika wieder seinen vollen Handlungsspielraum zurückgewinnt.“ Ein solches Zukunftsszenario verlangte nach einem monströsen Militärhaushalt, erforderte die Bereitschaft zum Präventivkrieg, zielte langfristig auf die geopolitische Kontrolle „Eurasiens“ und ignorierte weitgehend internationale Institutionen wie die UNO. Nach dem 11. September 2001 wurde aus „dem Plan“, wie er im Washingtoner Kabinettsjargon nur genannt wurde, eine Blaupause für die Wirklichkeit.

Prometheus, der in Zukunft kein Pygmäe mehr sein wollte ... War dem Autor das tragische Schicksal des sagenhaften Prometheus bewusst, als er das künftige Selbstbild Amerikas in diese Formel fasste? Von Prometheus jedenfalls war bald nicht mehr die Rede, die „Pygmäen“ aber machten Karriere. Denn so wurden von nun an diejenigen bezeichnet, die angeblich zu feige waren, in den „Krieg gegen den Terror“ zu ziehen, oder ihrer eigenen Überzeugungen zu unsicher, um sie mit Gewalt durchzusetzen. Dies galt insbesondere für die Alt-Europäer. In Washington beschimpfte man die Länder, die sich weigerten, der „Koalition der Willigen“ beizutreten, als „politische Pygmäen“. Vor allen anderen galten Frankreich und Deutschland als „moral pygmies“, weil sie es ablehnten – so der offizielle Washingtoner Sprachgebrauch –, dem Bösen in der Welt mit Waffengewalt zu Leibe zu rücken. Das Vokabular war ansteckend: Schließlich warnte sogar der damalige Generalsekretär der NATO, Lord Robertson, die europäischen Verbündeten davor, noch länger wie „militärische Pygmäen“ zu handeln – und forderte eine deutliche Erhöhung der nationalen Militärhaushalte.

Ein noch wirksameres Schlagwort, mit dem sich der Spott der regierungstreuen Amerikaner über die europäischen Weichlinge zuspitzen ließ, prägte Robert Kagan, Direktor im „Carnegie Endowment for International Peace“, mit seinem Satz, die Amerikaner stammten vom Mars, die Europäer von der Venus. Die Amerikaner, so Kagan, lebten in der Hobbes-Welt der Realpolitik, in der ein Vertrag nichts gilt und die Macht alles ist, die Europäer dagegen flüchteten sich mit Kant in den Traum vom Ewigen Frieden.

Aber so, wie Hobbes kein bloßer Zyniker der Macht war und die Notwendigkeit von Verträgen anerkannte, war Kant kein weltfremder Träumer. Gerade in seinen Schriften zur Geschichtsphilosophie und Politik war Kant vielmehr ein Ironiker. Ironie begleitet seinen Versuch, anthropologische Skepsis mit geschichtsphilosophischer Hoffnung zu vereinen. Die „Erreichung einer allgemein das Recht verwaltenden bürgerlichen Gesellschaft“ wird nicht von Illusionen über die menschliche Natur genährt – im Gegenteil. Der Mensch ist ein krummes Holz, aus dem nichts ganz Gerades gezimmert werden kann, ein Tier, das einen Herren nötig hat, „Ehrsucht, Herrschsucht oder Habsucht“ treiben ihn. Antagonismus und Kampf gehören zur Natur des *homo sapiens*, sie sind unabdingbare Voraussetzungen des menschlichen Fortschritts. Kant klingt wie – Hobbes. Die Errichtung eines „großen Völkerbundes“ ist anthropologisch unwahrscheinlich – gerade deshalb müssen wir uns von dieser regulativen Idee leiten lassen, auch wenn die „eigentliche, empirische Geschichte“ weit entfernt davon bleibt. Ironie zeigt sich bei Kant, wenn er seine eigenen Schriften in die Nähe von Romanen rückt und von Träumereien spricht. Ironie schließlich liegt dem Titel seines Memorandums „Zum Ewigen Frieden“ zugrunde. „Zum Ewigen Frieden“ stand auf dem Schild über dem Eingang eines holländischen Wirtshauses. Gemalt war darauf ein Friedhof. Kant wusste: Ewiger Frieden ist einzig den Toten beschieden. Danach streben sollten aber dennoch die Lebenden.

Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik – ich unterstelle, aus dieser Utopie würde eines Tages Realität – könnte sich auf den Ironiker Kant berufen. Diese Politik wäre alles andere als illusionär oder verträumt. Sie orientierte sich am Ideal eines wirksamen „großen Völkerbundes“ – im realpolitischen Bewusstsein, dass heute die Vereinten Nationen von einer solchen Wirksamkeit noch weit entfernt sind. Sie erstrebte eine „allgemein das Recht verwaltende bürgerliche Gesellschaft“ – und die dafür Verantwortlichen wüssten, dass ohne eine Wehrhaftigkeit, von der man auch Gebrauch macht, noch nicht ein-

mal der vorläufige, geschweige denn der Ewige Friede gesichert werden kann.

Als einige Jahre nachdem Kant in der „Berlinischen Monatsschrift“ seine „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ veröffentlicht hatte, in Europa wiederum der Krieg ausbrach, bat der Verleger Carl Spener den Philosophen um eine erweiterte, die veränderten Zeitumstände in den Blick nehmende Neufassung seiner Schrift. Kant lehnte ab: „Wenn die Starken in der Welt im Zustande eines Rausches sind“, schrieb er, „so ist einem Pygmäen, dem seine Haut lieb ist, zu raten, dass er sich ja nicht in ihren Streit mische.“ Heute bedeutete diese Weigerung keinesfalls, sich auf eine Politik des *appeasement* zurückzuziehen. Es ginge vielmehr darum, sich distanziert gegenüber einer Politik zu verhalten, die rauschhafte Züge annimmt und nüchternen Vernunftabwägungen kaum mehr zugänglich ist. Heute hieße dies aber auch, Kritik an den USA mit europäischer Selbstkritik zu verbinden. Denn zu schwach entwickelt ist auf unserem Kontinent immer noch die Einsicht, dass die Vernunft der europäischen Politik nicht aus dem Traum des Pazifismus hervorgehen kann.

Gegen eine pessimistische Weltsicht, die tatenarm das Ende des Westens betrauert, und gegen gedankenschwere Träume von Europa setze ich auf Ironie als eine politische Haltung, welche die Zukunft der europäisch-amerikanischen Beziehungen bestimmen wird. Wenn ich im Titel meines Vortrags von „Europäisch-Amerikanischen Ausblicken“ spreche, so spiele ich auf Walt Whitmans 1871 zum ersten Mal publizierte Schrift *Democratic Vistas, Demokratische Ausblicke* an. Es ist eine Hymne des großen Dichters auf die Heimat der Vereinigten Staaten, ein selbstgewisses Abrücken von Amerikas europäischer Vergangenheit – und zugleich ein beeindruckendes Dokument amerikanischer Selbstkritik. Kritik an den Vereinigten Staaten aus europäischer Sicht lässt sich nur rechtfertigen, wenn sie in Kenntnis und in Anerkennung amerikanischer Selbstkritik geübt wird. Nirgends irrte der helllichtige Alexis de Tocqueville mehr als an der Stelle, da er den Amerikanern die Fähigkeit zur Selbstkritik absprach.

Diese Fähigkeit zeigt sich beispielhaft in einem Buch, das von Kennern der amerikanischen Außenpolitik als bester Kommentar zu dem von der Bush-Regierung ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ bezeichnet wurde. Vor mehr als fünfzig Jahren geschrieben, war sein Autor ein protestantischer Theologe: Reinhold Niebuhr (1892-1971). Niebuhrs 1952 veröffentlichter Essay *The Irony of American History* wirkt auf den heutigen Leser wie eine Prophetie der laufenden Ereignisse. Vor einem halben Jahrhundert ging es um die Bedrohung der Vereinigten Staaten durch eine fundamentalistische Bewegung: den Kommunismus. Heute ist Niebuhrs Warnung an die Demokratie, sich im Kampf gegen den Fundamentalismus nicht selbst fundamentalistischer Mittel zu bedienen, wieder aktuell.

Für Niebuhr wird die Geschichte von Pathos, Tragödie und Ironie bestimmt. Pathetisch sind Naturkatastrophen: Der Natur gegenüber bleibt die Frage nach dem Warum sinnlos. Tragisch sind historische Situationen, in denen bewusst Böses getan wird, um Gutes zu erreichen: Der Einsatz von Atomwaffen zur Erzwingung des Friedens war dafür das abschreckende Beispiel. Am wichtigsten in der Geschichte schien Niebuhr das ironische Element: Aus überheblicher Tugend wird Laster; Stärke, die sich überschätzt, wird zu Schwäche, und ein Übermaß an Sicherheitsstreben verschärft das allgemeine Gefühl der Unsicherheit.

Von Augustinus beeinflusst, wurde die Theologie Niebuhrs von der Einsicht in die Sündhaftigkeit menschlicher Handlungen geprägt. Die Würde des Menschen und die Herausforderung für die Politik lagen

darin, im Vertrauen auf die Gnade Gottes dennoch den Versuch zu unternehmen, das Gute und das Gerechte zu tun – auf die Gefahr hin, Recht zu brechen und das Böse zu befördern. Die amerikanische Geschichte lieferte dafür das Beispiel.

Den europäischen Religionskriegen entkommen, gründeten die Pilgerväter, die an der Küste Amerikas landeten, ein „Neues Jerusalem“. Sie hielten sich für ein von Gott auserwähltes Volk. Nach der Gründung der Vereinigten Staaten behaupteten sie voller Stolz, eine unschuldige Nation zu sein. Die gefährliche Ironie der amerikanischen Geschichte lag darin, dass im Laufe der Zeit aus dieser „unschuldigen Nation“ das mächtigste Imperium auf Gottes Erdboden wurde. Viele amerikanische Politiker glauben bis heute, die USA seien fast gegen ihren Willen, jedenfalls eher planlos und stets mit noblen Absichten, zur Supermacht geworden. „Empire by Invitation“ heißt dafür der Fachausdruck der Historiker. Es handelt sich um eine Art „Taxitheorie“ des Imperialismus: Zu den Brennpunkten des Weltgeschehens eilte Amerika angeblich nur, wenn es gerufen wurde. Reinhold Niebuhr hat dieser Taxi-Theorie widersprochen. Schon die Inbesitznahme von Oregon und Kalifornien, von Florida, Texas und Neu-Mexiko durch landhungrige Siedler und Pioniere war Ausdruck eines Willens zur Macht und trug imperiale Züge.

Die Jahrzehnte des Kalten Krieges, in denen sich durch die Furcht vor einem Atomschlag des Gegners die USA und die UdSSR wechselseitig in Schach hielten, bedeuteten für die USA lediglich eine Unterbrechung ihrer imperialen Politik. „Ironische Ambiguität“, so Niebuhr, bestimmte das Verhältnis Amerikas zum Kommunismus. Der Selbstgerechtigkeit des Gegners begegneten die USA mit einer Verhärtung ihrer eigenen Selbstgerechtigkeit. „Wenn die Welt zugrunde geht“, schrieb Niebuhr, „dann nicht durch Kriminelle, sondern durch Menschen, die sich so viel auf ihre Gerechtigkeit einbilden.“

Der Bedrohung durch eine fundamentalistische Bewegung durften die USA nicht mit einer *Ideologienpolitik* begegnen. Es kam vielmehr darauf an, mit Entschiedenheit – aber ohne Sendungsbewusstsein – einer *Interessenpolitik* zu folgen. Auch demokratische Nationen haben ein legitimes Recht, notfalls mit Gewalt ihre eigenen Interessen durchzusetzen – aber sie müssen es im Bewusstsein ihrer Fehlbarkeit tun. Jede Ausübung von Macht sollte in der Demokratie von einem leichten Gefühl des schlechten Gewissens begleitet sein. Dies war Niebuhrs Plädoyer für eine ironische, das heißt eine kraftvolle, aber zugleich ihrer Grenzen bewusste, sich selbst nicht überschätzende Politik.

An einer Stelle seines Buches kam Niebuhr – wir sind im Jahre 1952! – auf den Islam zu sprechen: „Der Aufstieg des Kommunismus in unserer Zeit lässt sich mit dem Aufstieg des Islam und seiner Bedrohung der christlichen Zivilisation im Hochmittelalter vergleichen. Einige der Maßnahmen, die wir gegen den Kommunismus ergreifen, leiden unter einem ähnlichen Mangel an Realitätssinn wie die Kreuzzüge.“ In ungeahntem Maße hat sich in den letzten Jahrzehnten die mobilisierende Macht des Islam erneuert. Sie bestimmt heute weitgehend den Gang der Weltpolitik. Auch wenn zwischen Kommunismus und Islam keine allzu engen Parallelen gezogen werden dürfen: Die Mahnung Niebuhrs an den Westen, im Kampf gegen den Fundamentalismus nicht selbst einer fundamentalistischen Ideologie zu folgen, gilt. Niebuhr erinnerte nicht nur an die Ironie der Geschichte – er plädierte zugleich für eine ironische Politik. In ihr würden sich amerikanisches Selbstbewusstsein und vernünftiger Selbstzweifel miteinander verbinden.

Ein Artikel, der in den Neunzigerjahren nach den Möglichkeiten einer ironischen Politik in Amerika fragte, zitierte Thomas Mann: „Der geistige Mensch hat die Wahl, entweder Ironiker oder Radikalist zu sein;

ein Drittes ist anständigerweise nicht möglich.“ Thomas Mann hatte diese Alternative 1918 in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen* formuliert. Hier wird in einem überraschenden Schlusskapitel, überschrieben „Ironie und Radikalismus“, Kant als Vertreter der politischen Ironie entdeckt: „Es ist möglich“, schreibt Thomas Mann, „dass ich [Ironie] sehe, wo andere Leute sie nicht sehen; aber mir ist eben, als könnte man diesen Begriff nicht weit genug fassen, ihn niemals zu ethisch und zu politisch nehmen. Wenn Kant, nach einem furchtbaren und nur zu erfolgreichen erkenntniskritischen Feldzuge, unter dem Namen von ‚Postulaten der *praktischen Vernunft*‘ alles wieder einführt und neuerdings möglich macht, was er soeben kritisch zermalmt, weil nämlich, wie Heine sagt, ‚der alte Lampe – [Kants Diener] einen Gott haben muss‘ – so sehe ich politische Ironie darin.“ Einfühlsam, fast gerührt, bekennt sich Thomas Mann, der rabiati Unpolitische, zu einer Haltung, die er im Gegensatz zur „äußeren“ als „innere Politik“ kennzeichnet: „Alle Politik im bürgerlichen Sinne sowohl wie in dem des Geisttätlers, des Aktivisten, ist äußere Politik ... Ironie als Bescheidenheit, als rückwärts gewandte Skepsis ist eine Form der Moral, ist persönliche Ethik, ist <innere Politik>.“

Was diese Art von „innerer Politik“ für die europäisch-amerikanischen Beziehungen bedeuten kann, hat Thomas Mann in den Vereinigten Staaten beschrieben, im Jahr 1949, als er zum 200. Geburtstag Goethes die letzte seiner sogenannten „Addresses“ in der *Washingtoner Library of Congress* hielt. Was die Europäer in ihrem Einigungsprozess stets hemmte, waren im Inneren des Alten Kontinents „Unnützes Erinnern/ Und vergeblicher Streit“. So klagte Goethe 1827 in seinem Spruch „Den Vereinigten Staaten“ und brachte damit die Europamüdigkeit wie die Amerikasehnsucht des 19. Jahrhunderts auf den Punkt. Daran erinnerte Thomas Mann in seiner Goetherede, deren Absicht es war, wie er spitzbübisch bemerkte, „die Angelsachsen in hübsche Verwirrung zu bringen“. Thomas Manns Rede mit dem Titel „Goethe und die Demokratie“ hat nichts von ihrer Aktualität verloren; sie fasst das Besondere der europäisch-amerikanischen Beziehungen in einer einprägsamen Formel zusammen, die ein Bestandteil des politischen Vokabulars auf beiden Seiten des Atlantiks geblieben ist und nach wie vor eine gegenwärtige Problemlage beschreibt.

Der amerikanische Staatsbürger Thomas Mann, der als Deutscher geboren wurde und Europäer geblieben war, prophezeite, dass der Alte Kontinent nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von einem chronischen Leiden wieder heimgesucht werden würde: dem Kopfzerbrechen. Die Europäer würden erneut zu viel über sich selbst, die Grenzen Europas und die Identität ihres Kontinents grübeln – und dadurch in politische Handlungshemmung geraten. Auf der Weltbühne würden sie wirken wie ein lahmer Akteur. Wie konnte Europa die Bürde seiner überholten Traditionen abwerfen und die tiefen Wunden heilen, die sich seine Nationen seit Jahrhunderten geschlagen hatten? Wie konnte es seine „altersmüde Kompliziertheit“ überwinden? Die Lösung hieß: Amerika. Denn „Amerika“ war eine Idee, die sich auch in Europa verwirklichen ließ. In den Worten Lotharios aus *Wilhelm Meisters Lehrjahre*: „Ich werde zurückkehren, und in meinem Hause, in meinem Baumgarten, mitten unter den Meinigen sagen: hier, oder nirgend ist Amerika!“

Europa würde sich nur mit Blick auf Amerika erneuern können. Die Begeisterung des Erzeuropäers Goethe für die Vereinigten Staaten ließ sich nachvollziehen, wenn man seine „Lebensfreundschaft, seine Gabe, to make a success of things“ als Ausdruck einer demokratischen Gesinnung verstand. Die europäische Demokratie durfte Goethe nicht zuletzt zu den Ihren zählen, weil er – in *Dichtung und Wahrheit* – den Sieg

der Amerikaner in ihrem Unabhängigkeitskrieg eine Erleichterung für die ganze Menschheit genannt hatte.

Die Idee der „Demokratie“ war es, welche das alte Europa und das junge Amerika miteinander verband. Das politische Pathos des „Westens“ hat hier seinen Ursprung. Thomas Mann machte aber auch deutlich, wie schwer es stets gewesen war und wie schwer es in Zukunft bleiben würde, dieses Pathos in praktische Politik umzusetzen. Der Grund waren Spannungen zwischen Europa und Amerika, in denen zwei gegensätzliche politische Temperamente zum Ausdruck kamen. Für diese gegensätzlichen Temperamente fand Thomas Mann die Formel: „Nicht Deutschland nur, ganz Europa ist Hamlet, und Fortinbras, das ist Amerika.“ Schon Paul Valéry hatte, als Anfang des 20. Jahrhunderts die Sterblichkeit der westlichen Zivilisationen offenkundig wurde, von Europa als dem Kontinent Hamlets gesprochen. Europa – das war Geschichte, Rückblick und Vergangenes, Nostalgie und Bedenklichkeit. Zukunftsfroher Mut aber zeichnete Fortinbras aus, „den Menschen des Tages, dessen Sinn und ‚praktischer Verstand‘ auf das Nächste, Nützlichste gerichtet ist; sie gehört einer von des Gedankens Blässe nicht angekränkelten Tatkraft“.

Hamlet, der Dänenprinz – er ist der von des Gedankens Blässe angekränkelte Zweifler und Grübler, der auch unter Bedingungen, die ein schnelles Handeln erfordern, sich in ein Netz von Bedenklichkeiten verwickelt, denen er sich am Ende nur durch Gewalttaten entziehen kann, die Schlimmes noch schlimmer machen. Fortinbras dagegen, der junge norwegische Königssohn, verkörpert die durch Reflexion nicht gehemmte Tatkraft – er ist der rasch und entschlossen Handelnde, überzeugt davon, wenn nicht immer das Recht, so doch das Recht des Stärkeren auf seiner Seite zu haben.

Europa und Amerika: Hamlet und Fortinbras. Für Jacques Delors lag Europas Problem darin, im Grübeln eine Tugend zu sehen, den Kopf in die Hand zu stützen, statt aufrecht nach vorne zu schauen, den *repli sur soi* zu genießen, immer noch den Hamlet zu spielen, als die Union längst einen Fortinbras nötig hatte. Amerika dagegen kam gar nicht in Versuchung, den Hamlet zu spielen. Amerika musste Fortinbras sein, dessen Eingreifen – oft unter hohen eigenen Opfern – notwendig wurde, um die europäischen und asiatischen Familienfehden zu beenden.

Am Ende von Shakespeares *Hamlet* sagt Fortinbras: „I have some rights of memory in this kingdom,/Which now to claim my vantage does invite me.“ Schlegel und Tieck übersetzen: „Ich habe alte Recht‘ an dieses Reich,/Die anzusprechen mich mein Vorteil heißt.“ Dabei geht ein entscheidendes Wort verloren: *memory*. Sich an ihre eigene Geschichte erinnernd, hätten Europa und Amerika – insbesondere Frankreich und die Vereinigten Staaten – in ihrem Konflikt über die Invasion des Irak überraschende Überkreuz-Konstellationen entdecken können.

Der missionarische Glaube der Amerikaner an die Überlegenheit ihrer eigenen Zivilisation und die Wünschbarkeit ihrer weltweiten Verbreitung ist alt: Er geht bis in die Zeit der ersten Kolonien zurück, die in der Neuen Welt gegründet wurden – einer Neuen Welt, die zugleich beanspruchte, eine bessere Welt zu sein. Als sie aber vor die Frage gestellt wurden, ob ihre eigenen zivilisatorischen Werte andernorts auch mit Gewalt durchgesetzt werden sollten, entschieden sich die europäischen Siedler in Amerika für das, was sie eine „messianische Diplomatie“ nannten: Gegen militärische Interventionen und Machtpolitik setzten sie auf die langfristige Kraft moralischer Argumente. Als er noch Außenminister unter dem Präsidenten Monroe war, sagte der spätere amerikanische Präsident John Quincy Adams 1821 vor den Bürgern Washingtons in der jährlich am 4. Juli gehaltenen patriotischen Ansprache, sie

wurde beim Ausbruch des Zweiten Irak-Krieges oft zitiert: „Die amerikanische Nation geht nicht ins Ausland, um dort Ungeheuer aufzuspüren und zu vernichten. Amerika wünscht allen Völkern Freiheit und Unabhängigkeit. Doch nur für seine eigene Freiheit und Unabhängigkeit kämpft es [...]. Es könnte sonst zum Diktator der ganzen Welt werden. Doch dann würde es seine Seele verlieren.“

Es waren ursprünglich nicht die Amerikaner, es waren Franzosen, die zu der Überzeugung gelangten, notfalls müssten sozialer Fortschritt, Freiheit und Zivilisation auch mit Gewalt durchgesetzt werden. Nach 1792 erfasste die französischen Revolutionäre ein missionarischer Furor, der im Feldzug für die Sache der Freiheit nach außen die notwendige Fortsetzung der Revolution im Inneren sah. Die Republik wurde kriegerisch – und sie wurde es mit bestem Gewissen. Dass die Welt auf die Dauer nur dann zu Sicherheit und Stabilität finden wird, wenn man überall, und notfalls auch mit Gewalt, die Demokratie und die Menschenrechte durchsetzt, ist eine zutiefst französische Idee. Diese Idee hat ihren Einfluss auf die amerikanische Politik nicht verfehlt. „Wenn wir Amerikaner ernsthaft über Politik sprechen, meinen wir damit, dass unsere Prinzipien der Freiheit und Gleichheit und die auf ihnen beruhenden Rechte vernünftig und überall praktikierbar sind. Der Zweite Weltkrieg war wirklich ein erzieherisches Vorhaben, ein Unterfangen, um diejenigen, die diese Prinzipien nicht akzeptierten, zu ihnen zu zwingen“, schrieb Allan Bloom in seinem Pamphlet *Der Niedergang des amerikanischen Geistes* – ohne zu ahnen, oder jedenfalls ohne es zu sagen, dass sich Amerika damit eine Überzeugung der frühen französischen Republikaner zu eigen machte.

Für die Durchsetzung der Werte der eigenen Zivilisation notfalls auch in den Krieg zu ziehen war ursprünglich keine amerikanische, sondern eine französische Idee. Wenn man sich daran erinnerte, wurden die ironischen Züge des amerikanisch-französischen Konflikts offenkundig, der am Vorabend des Irak-Krieges im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen seinen Höhepunkt erreichte. Dort ärgerten sich die Amerikaner über die Franzosen, die in der Distanzierung von der Politik der USA ihrer eigenen Tradition untreu wurden. Die Franzosen wiederum verweigerten den Amerikanern die Gefolgschaft – und beriefen sich dabei auf die Tradition einer Gewalt und Krieg gegenüber skeptischen, auf Argumente setzenden „neuen“ Diplomatie, die von den ersten Amerikanern entwickelt worden war. Europäer wie Amerikaner hatten vergessen – oder hatten vergessen wollen –, dass sie, durch ihre gemeinsame Geschichte bedingt, im anderen stets sich selbst wie in einem Spiegel sahen: Europäisch-Amerikanische Ausblicke.

Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden 1776 gegründet. Fünf- undachtzig Jahre später begann ein blutiger Bürgerkrieg zwischen Nord und Süd; auch danach waren die Amerikaner noch lange nicht wirklich geeint. In diesem Jahr feiert die Europäische Union ihren 50. Geburtstag. Ohne die Last miteinander konkurrierender Erinnerungen wuchsen die bald in einer Sprache geeinten Amerikaner zur Nation zusammen. Die europäischen Nationen verwickelten sich jahrhundertlang in blutige Kriege miteinander. Allein im Ersten Weltkrieg verlor Frankreich dreimal so viel Soldaten wie Amerika in allen Kriegen, die es bisher geführt hat. Die vielsprachigen Europäer mussten sich vom Gewicht unzähliger, mörderischer Geschichten des nationalen Gegeneinander befreien. Dies ist keine kleine Sache – auch wenn die Vereinigten Staaten von Europa gegenwärtig mehr ein Versprechen als eine politische Wirklichkeit sind.

Pluralität im Inneren muss für den Westen kein Nachteil sein. Vieltimmigkeit führt nicht notwendig zur Kakaphonie. Der Westen ist vielleicht keine „Belle Alliance“ mehr – aber er ist auch kein Waterloo. Mehr Gelassenheit in den Debatten über die europäisch-amerikanischen Beziehungen täte uns gut – und ein vorsichtiger Optimismus, der sich nicht aus übertriebenen Zukunftshoffnungen, sondern aus den unbestreitbaren Erfolgen der Vergangenheit speiste. Der Antiamerikanismus kann und darf dabei für Europa niemals Triebkraft sein. Im Gegenteil: Die angestrebte Einheit Europas würde er nicht befördern, sondern mit Sicherheit schwächen.

Auf der politischen Weltbühne werden Amerika und Europa ihre Rollen nicht miteinander tauschen. Hamlet aber muss in Zukunft weniger grübeln und dafür schneller und entschlossener handeln. Fortinbras sollte dafür vielleicht etwas länger nachdenken, bevor er losschlägt. Auf der Weltbühne spielen beide im gleichen Stück. Sollte es besser ausgehen als bei Shakespeare, müssen die Europäer stärker zu Amerikanern, die Amerikaner wieder mehr zu Europäern werden.

Hierin liegt heute die Ironie der europäisch-amerikanischen Ausblicke. ■

1 G.W.F. Hegel, „Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte“; Werke in zwanzig Bänden, Bd. 12, Frankfurt am Main (Suhrkamp) 1970, S. 107-114.